

daß Frankreich innerhalb von drei Jahren joolet Tonnage auf Stapel legen kann, wie der jetzigen Größe der gesamten deutschen Flotte entspricht.

Die Debatte in Genf

Genf, 9. September.

Im weiteren Verlauf der allgemeinen politischen Debatte in der Völkerverversammlung sprachen die Vertreter drei nichteuropäischer Staaten. Der japanische Delegierte Yoshizawa sprach zur Wirtschaftskrise, für die er die übermäßigen Zollschranken verantwortlich machte und zur Abrüstungsfrage. Er betonte, daß seine Regierung alles tun werde, um auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz ein der Billigkeit entsprechendes Abkommen über die Einschränkungen der Rüstungen herbeizuführen.

Der Führer der indischen Delegation erkannte in seiner Rede die Leistungen des Völkerverbundes auch für die jenseits des Suez-Kanals gelegenen Länder an.

Der kanadische Justizminister Hugh Guthrie bezeichnete im Sinne der von den Vertretern aller Teile des britischen Reiches stets bekundeten Auffassung die Abrüstung und die daraus folgende Sicherung des Friedens als den Prüfstein des Völkerverbundes.

Nach einer kurzen Rede des rumänischen Außenministers Ghika, die keine wesentlichen neuen und politischen Gesichtspunkte brachte, vertagte der Präsident die weitere Aussprache auf Freitag vormittag.

Genf eine französische Angelegenheit

In England wird man hellhörig.

London, 10. September.

„Manchester Guardian“ bezeichnet in einem Telegramm aus Genf die mit geringer Mehrheit erfolgte Wiederwahl Titulescus zum Präsidenten der Völkerverversammlung als einen „französischen Erfolg in Genf“ und als einen „unglücklichen Präzedenzfall für den Völkerverbund“. Das gesamte Gewicht des französischen Einflusses sei zugunsten Titulescus in die Waagschale geworfen worden.

Die Wahl Titulescus werde insbesondere Verstärkung in Deutschland verursachen und die bereits weitverbreitete Überzeugung bestärken, daß die Angelegenheiten in Genf sich hauptsächlich in Händen Frankreichs und seiner Alliierten befinden.

Beginn der Ausschusssitzungen in Genf!

Genf. Die großen Ausschüsse der Völkerverammlung des Völkerverbundes mit Ausnahme des Abrüstungsausschusses haben Mittwoch nachmittags ihre Arbeiten aufgenommen. In den Eröffnungssitzungen wurden nur formale Fragen, wie die Wahl der Vizepräsidenten sowie die Festsetzung der Geschäftsordnung und des Arbeitsprogramms behandelt. Der Ausschuss für Rechtsfragen behandelte die Frage der Angleichung des Völkerverbundes an den Kellogg-Pakt. Die in dieser Frage noch bestehenden großen politischen Schwierigkeiten traten in unverminderter Form scharf zutage. Die überwältigende Mehrheit des Ausschusses sprach sich für Veräußerung der Ausschüsse aus. Die Angleichung des Völkerverbundes an den Kellogg-Pakt wird in den weiteren Verhandlungen des Ausschusses jedoch eine große Rolle einnehmen.

Der Ausschuss für politische Fragen, der auch für die Minderheitenfragen zuständig ist, hat die Protokolle des Europa-Ausschusses zu prüfen. Ferner befahte er sich mit der Mandatsfrage und der Bekämpfung der Sklaverei.

Den Verhandlungen des Ausschusses für Haushalt- und Finanzfragen des Völkerverbundes, der auch tagte, kommt diesmal besonderes Interesse zu, da der Haushalt des Völkerverbundes infolge des Ausbleibens der Mitgliedsbeiträge einiger Staaten einen Fehlbetrag aufweist, und in der Versammlung von verschiedenen Seiten die Forderung auf eine wesentliche Herabsetzung der außerordentlich hohen Ausgaben des Völkerverbundes sowie die Herabsetzung der Gehälter der hohen Beamten und des Sekretariats gefordert worden ist. Der Haushalt des Völkerverbundes umfaßt insgesamt 20 Millionen Mark und ist um einige Millionen höher als im Vorjahre.

Stillhalteabkommen unterzeichnet

Berlin, 10. September.

Das Stillhalteabkommen ist gestern durch die drei beteiligten deutschen Stellen, Reichsbank, Deutsche Golddiskontbank und Bankentomtee, unterzeichnet worden. In Kraft tritt das Abkommen am dem Tage, an dem die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich an die beteiligten Stellen die Mitteilung gelangen läßt, daß sämtliche Vertragsparteien den Vertrag unterzeichnet haben. Der maßgebende Text des Stillhalteabkommens usw. einschließlich Mantelvertrag wird bekanntgegeben werden, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.

Der Zollunionsgedanke lebt

selbst in Frankreich.

Paris, 10. September.

Der Abgeordnete Brunet von den Sozialrepublikanern fordert im „Quotidien“ energischer Maßnahmen zur Schaffung eines neuen Europa, als sie der Völkerverbund bisher zu unternehmen imstande gewesen sei. Kühne Ideen seien bei der internationalen Politik abzuholen. Man müsse an die Reorganisation der einzelnen Wirtschaftskörper herangehen. Angebracht wäre der Abschluß eines Wirtschafts-Waffenstillstandes auf 5 Jahre.

Während dieser Zeit würden die vertragsschließenden Nationen sich auf der Grundlage des Status quo die verschiedenen Einflußsphären und die neuen Märkte, die erschlossen werden könnten, teilen. Gedacht durch diese Verständigung könnten die einzelnen Nationen daran denken, ihren Inlandsverkauf zu erhöhen, ohne Konkurrenz oder Dumping befürchten zu müssen. Die großen Verkehrslinien, die Rohstoffquellen könnten internationalisiert werden.

Hier kehren also die Gedanken wieder, auf welchen sich das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion aufbaute: Ausweitung des Absatzmarktes und Neuorganisation der Produktionsgebiete.

Amerikas Enttäuschung

über das Haager Zollunionsurteil.

New York, 10. September.

„Evening Sun“ nimmt in einem Leitartikel Stellung zur Entscheidung des Haager Ständigen Gerichtshofes über den Zollunionsplan und meint, die Gruppierung der einzelnen Richter nach ihrer Stellung zur Zollunion sollte hinreichend beweisen, wie berechtigt die Argumente sind, deren sich die Gegner einer Teilnahme Amerikas am Weltgerichtshof bedienen.

Welches Vertrauen können die Vereinigten Staaten einem Gerichtshof entgegenbringen, dessen Beratungen durch Politik beeinflusst und dessen Richter von nationalen Interessen geleitet werden. Zum Schluß wirft das Blatt die Frage auf, ob der Präsident unter diesen Umständen es wagen werde, dem Senat im September eine Beteiligung Amerikas am Weltgerichtshof vorzuschlagen.

Europäischer Wirtschafts-„Friede“

Französische Einfuhrverbote für Wein und Holz.

Berlin, 10. September.

Die französische Regierung hat Einfuhrverbote für Wein und Holz erlassen, die bereits in Kraft getreten sind. Diese beiden Einfuhrverbote berühren auch deutsche Interessen, insbesondere wird der deutsche Holzhandel stark in Mitleidenschaft gezogen.

Am schwersten geschädigt wird der badische Holzhandel, um so mehr, als die französische Regierung am 5. September eine Zufuhrverordnung herausgegeben hat, wonach das deutsche Holzkontingent für das laufende Jahr als bereits erschöpft bezeichnet wird, so daß jede weitere Ausfuhr von Holz plötzlich unterbunden ist.

Abgesehen von einer unmittelbaren Schädigung des deutschen Wein- und Holzhandels ist man in deutschen politischen Kreisen auch aus grundsätzlichen Erwägungen von den plötzlichen Einfuhrverboten überrascht, da sie im Widerspruch zu dem deutsch-französischen Handelsvertrag stehen. Wenn dieser Vertrag auch für einzelne Güter Ausfuhrverbote vorsieht, so dürfen diese Verbote jedoch nur aus lebenswichtigen Interessen für die betreffende nationale Industrie erlassen werden. Im Hinblick auf die unverhältnismäßig geringe Zahl von etwa 100 000 Arbeitslosen, die Frankreich im Vergleich zu Deutschland hat, kann man die Begründung der Einfuhrverbote mit lebensnotwendigen Interessen nicht verstehen. Das auswärtige Amt wird mit der französischen Regierung in Verbindung treten, um die deutschen Interessen zu wahren.

Wenn Deutschland nach demselben Prinzip verfahren würde, so könnte es so ziemlich jede Einfuhr verbieten, da bei seiner ungeheuer großen Zahl von Arbeitslosen durch jede Einfuhr ein deutsches Gewerbe betroffen wird.

Notverordnung kürzt Pensionen

Auch Neuregelung beamtenrechtlicher Fragen.

Berlin, 10. September.

Wie zuverlässig verlautet, wird das geplante Pensionskürzungs-gesetz, das durch Notverordnung verkündet werden soll, alle Pensionen kürzen, die den Betrag von 12 000 Mk. im Jahre übersteigen. Die darüber hinausgehenden Pensionsbeträge sollen so gekürzt werden, daß entsprechend der Anzahl der Jahre, die der Pensionsempfänger in der seiner Pension zugrunde liegenden Befoldungsstufe gestanden hat, eine Kürzung von 10 bis 50 v. H. eintritt.

In der Notverordnung dürften auch noch eine Reihe anderer beamtenrechtlicher Fragen geregelt werden. Wie verlautet, handelt es sich dabei u. a. um die Herabsetzung der Höchstpensionsgrenze von 80 auf 75 v. H. und um die Erhöhung der Aufstufungsfristen in die nächste Gehaltsstufe von 2 auf 3 Jahre. Gleichzeitig sollen unter diese Bestimmungen auch die Beamten und Angestellten der öffentlich rechtlichen Körperschaften fallen. Ueber die Frage der Verfassungsrechtlichkeit der Pensionskürzungen sind die Auffassungen an den zuständigen Stellen noch geteilt. Es scheint jedoch hierbei der Begriff der „angemessenen Versorgung“ eine Rolle zu spielen, wobei man sich auf ein Reichsgerichtsurteil vom 10. Juli 1931 sowie auf ein Urteil des Reichsfinanzhofes vom 25. März 1931 stützt. Die Notverordnung soll noch für Ende September in Kraft treten.

Protest der Beamtenschaft

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenschafts hat eine Entschlieung gefaßt, in der es heißt: „Der Bundesausschuß protestiert gegen die Absichten, die die Rechtsgrundlagen des Beamtenverhältnisses völlig umstoßen, auf das nachdrücklichste und bringt zum Ausdruck, daß mit derartigen Maßnahmen Reich, Länder und Gemeinden den Boden der ihnen gegenüber der Beamtenschaft obliegenden Fürsorgepflicht verlassen und zu einer Politik der Willkür übergehen, die in schroffem Widerspruch zu dem von der Beamtenschaft verlangten Staatsbewußtsein, zu der Dienstfreudigkeit und der Hingabe an ihre Aufgaben steht. Die Kürzung der Beamtensätze, die nach den Erfahrungen der Vergangenheit nur die Einleitung zu einem allgemeinen Angriff auf die Löhne und Gehälter auch in der Privatwirtschaft darstellt, ist jedoch, wie die bisherigen Mißerfolge beweisen, kein Mittel zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Der Bundesausschuß erhebt in letzter Stunde seine warnende Stimme und fordert die Regierung zu einer Umkehr auf diesem Wege auf. Er lehnt im Namen aller freigewerkschaftlichen Beamtensorganisationen die Verantwortung für die verheerenden Folgen ab, die eine Fortsetzung dieser Politik haben muß.“

Entlastung der Reichsbank

Notendeckung auf 41,3 Prozent gestiegen.

Berlin, 10. September.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. September 1931 hat sich in der verfloffenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 170,2 Mill. auf 3279,8 Mill. RM. verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 101,4 Mill. RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 91,8 Mill. auf 4292,1 Mill. RM., derjenige an Rentenbankscheinen um 9,6 Mill. auf 410,4 Mill. RM. verringert.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 48,6 Mill. auf 1771,0 Mill. RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 4,4 Mill. auf 1370,5 Mill. RM. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 44,2 Mill. auf 400,4 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 41,3 Prozent gegen 39,3 Prozent in der Vorwoche.

Beratungen der Volkspartei

Berlin, 10. September.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in zwei Sitzungen in Potsdam eine umfassende politische Aussprache gepflogen. Der erste Teil der Beratungen galt den finanzellen und wirtschaftlichen Problemen. Der gemeinsame Gedanke der Vorschläge und der Aussprache bewegte sich in der Richtung, die darniederliegende Wirtschaft und den Arbeitsmarkt durch kreditpolitische Lockerungen, Herabsetzung der öffentlichen Lasten und Verminderung der Produktionskosten zu beleben und damit auch die Gesundung der öffentlichen Finanzen herzustellen. Die Reichstagsfraktion setzte zur weiteren Beratung dieser Probleme besondere Ausschüsse ein, die der nächsten Fraktionsitzung, die für den 23. September in Hamburg vorgesehen ist, bestimmte Richtlinien vorlegen sollen.

Der zweite Tag der Potsdamer Beratungen galt der allgemeinen politischen Lage, insbesondere der Außenpolitik, über die der Vorsitzende, Abg. Dingeldey, den einleitenden Bericht erstattete. Dabei wurden auch die Verhandlungen in Genf einer eingehenden Besprechung unterzogen. Von den Verhandlungen des Parteiführers mit dem Reichsaussenminister Dr. Curtius wurde zustimmend Kenntnis genommen.

In der inneren Politik forderte die Fraktion mit aller Entschiedenheit ein rasches und entschlossenes Handeln der Reichsregierung. Das Zögern der Staatsführung in der Durchführung oft angekünndigter und dringender erforderlicher Maßnahmen könne von der Deutschen Volkspartei nicht länger geduldet werden.

Keine Verschiebung des Franzosenbesuches

Genf, 10. September.

In letzter Zeit sind verschiedentlich Gerüchte über eine Verschiebung oder Verlegung des Berliner Besuches der französischen Staatsmänner aufgetaucht. Demgegenüber wird von unrichtiger Seite festgesetzt, daß derartige Gerüchte jeder Begründung entbehren. An den bisherigen Dispositionen, wonach der Besuch am 26. dieses Monats in Berlin stattfinden soll, hat sich nichts geändert.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow, der auf Wunsch des Reichsaussenministers Dr. Curtius nach Genf gekommen war, kehrt heute wieder nach Berlin zurück. Er hat mit Dr. Curtius die Vorbereitungen der Berliner Reise des französischen Ministerpräsidenten Laval und des Außenministers Briand besprochen und die Wünsche und Anregungen des Reichsministers entgegengenommen. Nach seiner Rückkehr nach Berlin werden die Besprechungen über die Vorbereitungen zwischen Berlin und Paris direkt geführt werden.

Die Nationalsozialisten fordern den Rücktritt Brüning's.

Berlin. Die Möglichkeiten einer Erweiterung der Reichsregierung nach rechts mit Einschluß der Nationalsozialisten sind durch parteioffizielle Vereinbarungen der Münchener und Berliner Parteileitung der NSDAP. zunichte gemacht. Im parteiamtlichen Organ der Berliner Nationalsozialisten, dem „Angriff“, wird an hervorragender Stelle das Ziel der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion gegeben: „Im gegenwärtigen Augenblick müssen alle Kräfte mobilisiert werden, um die Regierung Brüning zu Fall zu bringen und so die Bahn für die äußere und innere Gesamtlösung eines Wiederaufbaues freizumachen.“

Gleichzeitig hat der Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, der ehemalige thüringische Innenminister Dr. Fried, in einer öffentlichen Kundgebung in Hannover erklärt, daß mit dem Zusammentritt des Reichstages am 13. Oktober auch die nationalsozialistische Abgeordnetenversammlung wieder im Parlament erscheinen würden, „um dem Kabinett Brüning ein Ende zu bereiten.“

Katholische Kirche und Nationalsozialismus

Mainz, 10. September.

Zu den Äußerungen in der Presse über die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses für den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gemeinder veröffentlicht Generalvikar Dr. Mayer im „Mainzer Journal“ eine Erklärung, in der er die Behauptung zurückweist, daß die kirchliche Einsegnung nicht gestattet worden sei, weil man dem Wunsch der Kirchenbehörde, die Beisetzung nicht zu einer politischen Kundgebung zu gestalten, nicht nachgegeben sei. Bedinglich die Zugehörigkeit Gemeinders zur NSDAP habe den Ausschlag zur Entscheidung der kirchlichen Stellung gegeben.

Die Kirche verwerfe den Nationalsozialismus als Irrlehre und erlaube deshalb keinem Katholiken, der NSDAP anzugehören. Wer gegen dieses Verbot verstoße, könne kein kirchliches Begräbnis erhalten, falls er nicht vor dem Tode seinen Angehörigen bereue; dieses Gesetz gelte ohne Unterschied der Person.

Kommunisten beschließen Nationalsozialisten.

1 Toter, 3 Schwerverletzte.

Berlin. Am Mittwochabend gegen 22 Uhr wurde ein nationalsozialistisches Verkehrslokal in der Gneisenaustr. 17 im Südwesten Berlins von der Straße aus von mehreren Kommunisten beschossen. Dabei wurden 4 Nationalsozialisten hauptsächlich durch Kopf- und Armschüsse erheblich verletzt. Die Polizei, die mit mehreren Ueberfallwagen eingriff, verhaftete 6 der Täterchaft verdächtige Personen. Einer der Verletzten Nationalsozialisten mit Namen Hermann Tilsch verstarb im Krankenhaus.

Die Rückkehr des „Nautilus“

Congear City (Spitzbergen), 10. September. Das Unterseeboot „Nautilus“, das hier mit voller Geschwindigkeit eingelaufen und nur leicht beschädigt ist, wird, sobald es neuen Brennstoff aufgenommen hat, südwärts weiterfahren. Prof. Sverdrup, der Deutsche Billinger und der Amerikaner Soule sind mit einem norwegischen Dampfer nach Harstad abgereist. Wie „Aftenposten“ meldet, wird dies dahin gedeutet, daß „Nautilus“ entweder direkt nach Amerika oder auf der Route über Island fahren wird.

Die Fahrteilnehmer haben sich über die Erfahrungen mit den mitgenommenen wissenschaftlichen Geräten sehr zufrieden geäußert. Vor allem habe der Kreiselkompaß allen Anforderungen genügt, sogar als das Unterseeboot sich am weitesten nördlich zwischen dem 82. und 83. Breitengrad befand. Die Funterbindung wurde durch das Untertauchen unter das Eis geführt, außerdem brannte in dem Funkgerät eine Spule durch, deren Ausbesserung etliche Tage dauerte.